

A6 A3: GRÜN IST... SOZIALE GERECHTIGKEIT!

Antragsteller*in: Stefan Rath

Text

1 GRÜN IST... Soziale Gerechtigkeit

2 ... wie wir sozialen Zusammenhalt, Fairness und Miteinander stärken wollen...

3 Inhalt

4 1. Wohnen und Stadtentwicklung

5 1.1 Wohnen muss bezahlbar sein

6 1.2 Grund und Boden sind Gemeingut

7 1.3 Lebenswertes Dortmund

8 2. Wohnungslosenhilfe

9 3. Kommunale Arbeitsmarktpolitik – Teilhabe für Langzeitarbeitslose

10 4. Alt werden in Dortmund

11 4.1 Inklusive und starke Infrastruktur für Senior*innen

12 4.2 Selbstbestimmt alt werden

13 5. Drogenhilfe in Dortmund: Hilfe statt Sanktion

14 6. Hilfe für Menschen in Prostitution

15 7. Sicherheit in Dortmund: Bürger*innenrechte achten

16 7.1 Polizei, Stadt und Bürger*innen in partnerschaftlichem Zusammenwirken

17 7.2 Bürgerschaftliches Engagement für ein sicheres Dortmund

18 7.3 Zukunftsfähigkeit von Feuerwehr und Katastrophenschutz

19 Ein Land und auch eine Stadt sind nur dann sozial, wenn sie eine selbstbestimmte

20 Teilhabe für Alle ermöglichen und ihre Bürger*innen wirkungsvoll vor Armut

21 schützen. Das ist unser GRÜNER Anspruch. Wir stehen für eine inklusive

22 Gesellschaft und Stadt, in der alle dazu gehören und niemand ausgegrenzt wird.

23 Die Realität sieht allerdings auch in Dortmund anders aus.

24
25 Im Februar dieses Jahres waren über 33.000 Personen arbeitslos gemeldet, die

26 Arbeitslosenquote lag bei 10,5 Prozent. Insgesamt leben ca. 90.000 Menschen in

27 sogenannten Bedarfsgemeinschaften und bekommen Leistungen nach SGB II (Hartz IV)

28 oder Sozialgeld – unter ihnen auch viele Kinder und Alleinerziehende. Dazu

29 kommen ca. 15.000 sogenannte Aufstocker*innen, die von ihrer Erwerbsarbeit nicht

30 leben können und ergänzende Sozialleistungen erhalten. Der gesetzliche

31 Mindestlohn hat an dieser Situation wenig geändert, weil er zu niedrig ist, um

32 die Menschen von Transferleistungen unabhängig zu machen; dies gilt insbesondere

33 für Familien mit mehreren Kindern. Und: Immer mehr Menschen in Dortmund sind

34 neben ihren Altersbezügen auf staatliche Unterstützung angewiesen. Die Zahl der

35 Bezieher*innen von Grundsicherung im Alter stieg innerhalb von zehn Jahren um 43

36 Prozent und liegt inzwischen ebenfalls bei ca. 15.000 Menschen.

37
38 Damit gehört Dortmund nach den Zahlen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zu

39 den zehn Regionen mit der höchsten Armutsquote: In Dortmund liegt sie konstant

40 bei gut 20 %. Der Sozialbericht 2018 betrachtet die soziale Lage in Dortmund

41 nach Kriterien wie Höhe des Einkommens, Bildungschancen der Kinder, Teilhabe am

Arbeitsmarkt, Wohnsituation, Gesundheit und macht deutlich: Die soziale Ungleichheit ist in bestimmten Sozialräumen sehr groß. Damit können und wollen wir uns nicht zufriedengeben. Der Bericht zur sozialen Lage muss kontinuierlich fortgeschrieben werden und die Grundlage für entsprechende Konzepte zur Armutsbekämpfung sein, die mit anderen Prozessen wie etwa der Kommunalen Arbeitsmarktstrategie abstimmt werden.

Als GRÜNE wissen wir: Es kann keine ökologische Nachhaltigkeit geben ohne eine soziale Nachhaltigkeit. Das eine ist vom anderen nicht zu trennen. Ob in der Kinderbetreuung und in der Schulpolitik, ob bei der Politik für Senior*innen, in der Arbeitsmarktpolitik oder beim bezahlbaren Wohnen – an vielen Stellen unseres Programms finden sich deshalb Vorschläge, um die soziale Situation vieler Dortmunder*innen zu verbessern.

1. Wohnen und Stadtentwicklung

1.1 Wohnen muss bezahlbar sein

Dortmund wächst. Die Bevölkerungszahl erhöhte sich seit 2014 um rund 13.300 Personen. Der Wohnungsmarkt kommt trotz vieler Neubauten mit diesem stetigen Zuwachs nicht mit. Folge: Die Wohnkosten steigen, Wohnraum für Menschen mit geringem und normalem Einkommen ist zur Mangelware geworden. Die durchschnittliche Nettokaltmiete stieg seit 2014 um insgesamt 20 Prozent auf aktuell 7,00 €/qm (2019) im Mittel. Bei neu gebauten Wohnungen lag der Mittelwert im Jahr 2019 schon bei 10,50 €/qm. Nur noch 7,5 Prozent des gesamten Dortmunder Wohnungsbestands waren im Jahr 2018 geförderte Wohnungen – und die Entwicklung ist weiterhin rückläufig. Gleichzeitig aber steigt die Zahl der Haushalte, die auf eine Unterstützung durch das Wohnungsamt angewiesen sind. 2018 waren insgesamt 5.000 Haushalte anspruchsberechtigt, rund 2.000 davon standen auf der Warteliste für eine öffentlich geförderte Wohnung. Alle Dortmunder*innen sollen eine gute Wohnung finden und sich diese Wohnung auch leisten können. Das heißt auch, dass für den Durchschnittshaushalt die Miete nicht mehr als 30 Prozent des verfügbaren Einkommens betragen sollte. Für alle Dortmunder*innen müssen ausreichend Wohnungen zur Verfügung stehen, die barrierefrei und bezahlbar sind.

Grün wählen für:

Der Anteil von geförderten Wohnungen in jedem Neubaugebiet soll auf mindestens 30 Prozent erhöht werden.

Seit dem Ratsbeschluss vom 10. April 2014 gibt es eine Regelung, die festlegt, dass in jedem Baugebiet mindestens 25 Prozent der entstehenden Wohneinheiten öffentlich geförderte Mietwohnungen sein müssen. Diese Quote reicht aufgrund der steigenden Nachfrage und der wachsenden Bevölkerung heute nicht mehr aus und muss an die neuen Entwicklungen angepasst werden.

In jedem Neubaugebiet sollen mindestens 10 Prozent der Wohnungen im sog. preisgedämpften Segment, also mit Quadratmeterpreisen zwischen Angebotsmiete und Sozialmiete angeboten werden. Es gibt viele Dortmunder*innen mit niedrigem oder mittlerem Einkommen, die die durchschnittliche Neubaumiete von 10,50 €/qm in Dortmund nicht aufbringen können. Deshalb muss in den Bebauungsplänen zukünftig festgesetzt werden, dass ein Mindestanteil an Wohnungen für Preise zwischen 6 und 9 €/qm vermietet wird. Eine Sicherung der Quotierung erfolgt zum Beispiel über einen städtebaulichen Vertrag.

89 Bewahren gewachsener Quartiere durch eine soziale Erhaltungssatzung bzw.
90 Milieuschutzsatzung
91 Bei zunehmendem Wohnungsmangel findet verstärkt eine bauliche Aufwertung von
92 meist innenstadtnahen Wohngebieten statt. Das ist ein positiver Prozess, solange
93 er nicht zur Verdrängung der alteingesessenen Mieter*innen mit niedrigem
94 Einkommen durch eine neue, finanzkräftige Bevölkerung führt und das Viertel
95 seine soziale Struktur komplett verändert. Durch den Erlass sozialer
96 Erhaltungssatzungen kann die Gefahr der Verdrängung durch Umwandlung in
97 Eigentumswohnungen und Luxusmodernisierungen verringert werden. Zudem kann die
98 Stadt Vorkaufsrechte geltend machen und bebaute oder unbebaute Grundstücke
99 selbst kaufen, um Immobilienspekulationen vorzubeugen. Und sie kann verhindern,
100 dass bisher günstige Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt werden.
101 Nach dem Vorbild der Stadt Leipzig sollte zudem die gesamte Stadt Dortmund
102 hinsichtlich von Verdrängung bedrohter Stadtteile und Quartiere untersucht
103 werden.

104 Förderung von Investitionen im Bestand
105 Die Stadt Dortmund setzt bei ihren eigenen Liegenschaften hohe Standards
106 bezüglich der Energieeffizienz. Der größte Teil der Gebäude in Dortmund,
107 insbesondere der Wohngebäude, ist jedoch in privater Hand. Für viele Menschen
108 sind gerade die Heizkosten eine enorme Belastung. Diese können durch eine
109 energetische Sanierung deutlich gesenkt werden. Gleichzeitig bringt eine solche
110 Sanierung viel für den Klimaschutz. Wir wollen, dass die Kosten dafür auch über
111 zusätzliche städtische Fördergelder abgedeckt werden, statt über eine Umlage
112 allein von den Mieter*innen finanziert. Ein entsprechendes kommunales
113 Förderprogramm schafft zudem einen zusätzlichen Investitionsanreiz.
114 Für die Mieter*innen der städtischen Wohnbaugesellschaft Dogewo21 sollen sich
115 Mieterhöhungen aufgrund energetischer Modernisierungen und die sich daraus
116 ergebende Energieeinsparung finanziell ausgleichen.

117 Verstärkter Bau von geförderten Wohnungen durch Dogewo21 bzw. die Dortmunder
118 Stadtentwicklungsgesellschaft (DSG)
119 Wohnen ist ein Grundrecht und gehört zur Daseinsvorsorge der Stadt. Sie muss
120 durch ihre stadteigene Wohnungsbaugesellschaft dafür Sorge tragen, den
121 Wohnungsmarkt zu entspannen. Dies wird durch den verstärkten Bau von geförderten
122 Wohnungen durch die Stadt erreicht. Dafür muss die Dogewo21 in die Pflicht
123 genommen werden. Dazu gehört auch der strategische Ankauf von Wohnungsbeständen
124 in problematischen Lagen.
125 Das Ziel ist es, über Dogewo 21 bzw. die DSG in der kommenden Wahlperiode
126 jährlich rund 500 geförderte Wohnungen für alle Generationen und Zielgruppen vom
127 Einpersonenhaushalt bis zu Familien mit Kindern zu errichten. Hierfür sind
128 geeignete Grundstücke an Dogewo21 bzw. DSG zu übertragen und Baurecht zu
129 schaffen.

130 Begrenzung der Mietenentwicklung
131 Die Leerstandsquote in Dortmund hat sich in den letzten 15 Jahren halbiert.
132 Während sie im Jahr 2004 noch bei über 4 Prozent lag, betrug sie Ende 2018 nur
133 noch 2 Prozent. Manche Stadtteile erreichen mit einer Quote von 1 Prozent de
134 facto Vollvermietung. Diese Entwicklung zeigt, dass auch in Dortmund Instrumente
135 zur Mietbegrenzung nötig sind. Auf Landesebene machen wir uns deshalb dafür
136 stark, dass Kappungsgrenzen, Mietendeckel und
137 Mietpreisbremse auch in NRW zum Schutz für Mieter*innen eingeführt werden.

138 Wohnen als Grundrecht

139 In Dortmund gibt es verschiedene Gruppen von Menschen, die aus unterschiedlichen
140 Gründen Schwierigkeiten haben, eine eigene Wohnung zu finden. Wir wollen allen
141 Einheimischen und Zugezogenen ermöglichen, selbstbestimmte Mieter*innen zu sein.
142 Die Betroffenen benötigen – neben der städtischen Wohnungslosenhilfe –
143 Unterstützung und Hilfe ohne große Hürden. Wir unterstützen deshalb Konzepte wie
144 Housing First, die Wohnungslosigkeit direkt beenden und flexible wohnbegleitende
145 Hilfen zum dauerhaften Wohnungserhalt anbieten.
146 Menschen, die ALG II, Grundsicherung oder Sozialgeld beziehen, erhalten bei der
147 Berechnung der Angemessenheitsgrenzen der Kosten der Unterkunft einen Klimabonus
148 für energetisch sanierte Wohnungen, angelehnt an die Zuschläge des Mietspiegels.

149 Barrierefreies Wohnen

150 Wir unterstützen den (Um-)Bau von barrierefreien und altersgerechten Wohnungen.
151 Dabei wollen wir Wohnungseigentümer*innen von den Vorzügen barrierearmer und -
152 freier Wohnungen überzeugen. In städtebaulichen Wettbewerben sollen
153 barrierefreie Wohnungen eingefordert und bevorzugt werden.

154 1.2 Grund und Boden sind Gemeingut

155 Der Rat hat 2018 auf GRÜNE Initiative die Erarbeitung von Grundsätzen für die
156 Vergabe städtischer Grundstücke verabschiedet. Dazu gehört, dass in Dortmund
157 Baugrundstücke zukünftig über sog. Konzeptverfahren vergeben werden: Nicht
158 allein der Preis ist das entscheidende Kriterium für die Grundstücksvergabe,
159 sondern es fließen auch Kriterien wie zum Beispiel ein Mobilitätskonzept für die
160 künftigen Bewohner*innen, eine klimafreundliche Energieversorgung usw. in die
161 Entscheidung für einen Investor ein. Bei Konzeptverfahren werden außerdem der
162 Anteil geförderten Wohnraums (über die verpflichtende 25-Prozent-Quote hinaus)
163 und verlängerte Bindungsfristen (über die 20 bzw. 25 Jahre hinaus gemäß den
164 aktuellen Förderbestimmungen) berücksichtigt.
165 Um die künftige Stadtentwicklung ökologisch und nachhaltig steuern zu können,
166 muss die Stadt Eigentümerin des kommunalen Grund und Bodens bleiben und in die
167 Lage versetzt werden, auch Grundstücke dazuzukaufen.

168 Grün wählen für:

169 In der öffentlichen Hand Halten städtischer Grundstücke

170 Städtische Grundstücke sollen nicht mehr verkauft, sondern durch Erbpacht in der
171 öffentlichen Hand gehalten werden. Durch die Vergabe von Erbbaurechten wird die
172 Stadt Dortmund in die Lage versetzt, im Sinne des Gemeinwohls aktiv und steuernd
173 Einfluss zu nehmen auf den Bodenmarkt und seine (städtebauliche) Entwicklung.
174 Denn nach Ablauf des Erbbaurechts fällt das Grundstück wieder an die Stadt
175 zurück und die Stadt kann die weitere Nutzung an den aktuellen Bedarf anpassen.
176 Dies gilt auch für Gewerbeflächen.
177 Grundstücksvergaben in Erbpacht erhalten nicht nur das kommunale Grundvermögen,
178 sondern durch den Erbbauzins wird auch eine dauerhafte Einnahme erzielt. Das
179 Erbbaurecht kann einen sinnvollen Beitrag zur Daseinsvorsorge und zur
180 nachhaltigen Schaffung und Sicherung von bezahlbarem Wohnraum leisten, indem zum
181 Beispiel für geförderte Wohnungen geringere Erbpachtzinsen und/oder reduzierte
182 Verkehrswerte gemäß Gemeindeordnung angesetzt und längere Bindungsfristen
183 vereinbart werden.

184 Verhinderung von Bodenspekulation

185 Gemeinwohl vor Rendite ist unsere Forderung für die städtische Boden- und

186 Wohnungspolitik. Bauland und Wohnungen dürfen nicht zu Spekulationsobjekten
 187 werden. Dagegen können Vorkaufsrechte (zum Beispiel über Bauleitplanung,
 188 Sanierungsgebiete und Milieuschutzgebiete) helfen, die sowohl für die Stadt als
 189 auch für Genossenschaften festgelegt werden.

190 Unser Ziel ist es, den Bestand von Wohnungen und Boden im Besitz der
 191 öffentlichen Hand mit einer aktiven Ankaufstrategie zu vergrößern. Dazu gehört
 192 auch die Verankerung eines kommunalen Vorkaufsrechts für ganze Stadtgebiete
 193 (Gebiete mit sozialer Erhaltungssatzung). Akteur*innen wie Genossenschaften oder
 194 Stiftungen, die gemeinwohlorientiert handeln, sollen diese kommunale Strategie
 195 ergänzen.

196 Vereinbarungen mit Eigentümer*innen / Investor*innen zu einer nachhaltigen und
 197 sozialen Quartiersentwicklung
 198 Um die Stadt und die Quartiere nachhaltig und sozial zu entwickeln, braucht
 199 Dortmund die Zusammenarbeit mit engagierten Investor*innen. Über städtebauliche
 200 Verträge und Konzeptvergaben wird erreicht, dass – neben dem Kaufpreis – noch
 201 weitere Kriterien eine entscheidende Rolle spielen: die Verbesserung des
 202 Angebots von Wohnraum im unteren Preissegment, die Förderung alternativer
 203 Mobilität (zum Beispiel mit Carsharing-Angeboten, E-Ladestationen, gesicherten
 204 Abstellflächen für Fahrräder, Stellflächen für Lastenräder usw.),
 205 Quartierskonzepte, Entwicklung des Mikroklimas sowie ökologisches Bauen.

206 Effizientere Bodennutzung durch flächensparendes Bauen
 207 In der Innenstadt sind die Flächen für den Wohnungsbau begrenzt. In zentralen
 208 Neubaugebieten haben Mietgeschosswohnungen deshalb für uns eindeutig Vorrang vor
 209 Einfamilienhäusern. Um mit wenig Flächenverbrauch mehr Wohnungen bauen zu
 210 können, halten wir sowohl den Ausbau von Dachgeschossen als auch eine höhere
 211 Geschossigkeit bei Neubauten für sinnvoll. Angesichts des mit zunehmendem
 212 Wachstum immer kostbarer werdenden Bodens wird Dortmund in Zukunft nach oben
 213 wachsen müssen. Grüne Hochhäuser, die Arbeiten und Wohnen vereinbaren, können im
 214 Innenstadtbereich entstehen. Die „doppelte Innenentwicklung“, das heißt die
 215 Qualifizierung und Erweiterung von Grün- und Freiflächen, der Erhalt von
 216 Frischluftbahnen oder von mikroklimatisch wirksamem Grün ist für uns dabei eine
 217 entscheidende Voraussetzung. Das heißt aber auch, dass in Konfliktfällen immer
 218 wieder individuell zwischen Nachverdichtung und Erhalt von Grün- und Freiflächen
 219 abgewogen werden muss.

220 Flächenkreislaufwirtschaft: Wiederverwerten von Flächen, statt Versiegelung
 221 neuer Flächen
 222 Wir wollen in Dortmund nach Möglichkeit keine neuen Flächen versiegeln. Die
 223 Umnutzung und Wiederverwertung bereits erschlossener Grundstücke und die
 224 Aktivierung brachliegender Flächen hat absoluten Vorrang vor einer Neuausweisung
 225 – sowohl für Baugebiete als auch für Gewerbeflächen.

226 Effizientere Bodennutzung durch Überbauung von Stellplatz- und Handelsflächen
 227 In Dortmund wird für Supermärkte künftig der mehrgeschossige Bau mit Büros
 228 und/oder Wohnungen in den oberen Stockwerken zum Standard. Um weitere schon
 229 versiegelte Flächen besser zu nutzen, sollen auch bestehende Stellplatzflächen
 230 entsprechend überbaut werden.

231 Bedarfsgerechte Verteilung des bestehenden Wohnangebots
 232 Angesichts des angespannten Wohnungsmarktes wollen wir Möglichkeiten schaffen,
 233 dass Wohnungen freiwillig, zum vergleichbaren Quadratmeterpreis und möglichst im

Quartier getauscht werden können. Wohnungstauschbörsen beim Wohnungsamt oder bei den Wohnungsbaugesellschaften können helfen, die passenden Wohnungen für die jeweilige Lebenslage zu finden. Lösungsansätze bietet das „Frankfurter Programm zum Wohnungstausch“, das auf den festgelegten Mietpreisen im geförderten Wohnungsbau aufsetzt. Auch Vereinbarungen der Stadt mit der Dogewo21 und den großen Wohnbaugesellschaften sind möglich.

Stärkere Förderung von Genossenschaften und gemeinwohlorientierte Baugemeinschaften
 Genossenschaftliches Wohnen und Baugemeinschaften zeichnen sich durch Solidarität und gemeinsame Verantwortung aus. So kann nicht nur preiswerter Wohnraum geschaffen werden, sondern es werden auch Chancen für kreatives, vielfältiges und buntes Wohnen und Leben eröffnet. Das hilft, sowohl die soziale Balance in den Quartieren der Stadt zu erhalten als auch die gesellschaftliche Vielfalt zu stärken. Schon jetzt werden auf GRÜNE Initiative hin 10 Prozent der Grundstücksfläche in Neubaugebieten für solche Projekte vorgehalten. Diesen Anteil gilt es zu verdoppeln und zur Verfügung stehende Grundstücke primär genossenschaftlichen, gemeinschafts- und gemeinwohlorientierten Baugemeinschaften anzubieten.
 Wir wollen Möglichkeiten schaffen, dass die Stadt durch die Gewährung zinsloser Darlehen auch einkommensschwächeren Haushalten den Eintritt in eine Wohnbaugenossenschaft ermöglicht.

1.3 Lebenswertes Dortmund

Die Lebensqualität in unserer Stadt hängt maßgeblich von unserer Umwelt ab. Deshalb treten wir GRÜNE für die Entwicklung und den Erhalt der Grünflächen sowie der natürlichen und naturnahen Lebensräume im Stadtgebiet und für die naturnahe Gestaltung von Wasserläufen ein. Damit schaffen wir die Grundlagen für Artenvielfalt auch im städtischen Raum. Wir sorgen für den Schutz der Menschen vor Lärm und Schadstoffen und wir haben auch den Schutz des Klimas im Blick. Das Konzept der „autogerechten Stadt“ muss abgelöst werden durch das Ziel der „menschengerechten Stadt“. Eine dichtere und urbanere Stadt kann nur mit weniger Autoverkehr und höherer Aufenthaltsqualität des Stadtraums funktionieren. Entscheidend für unsere dynamische Stadt ist es, den öffentlich nutzbaren Raum zu erhalten und ihn zum Bewegungsraum weiterzuentwickeln. Ziel GRÜNER Politik ist eine Stadt, deren Gestaltung sich an der Gesamtheit der Lebensbedürfnisse der Menschen orientiert statt den Verkehrsfluss der Autos und entsprechende Abstellmöglichkeiten zum alleinigen Maßstab zu machen. Lebensqualität bedeutet vor allem: weniger Autoverkehr, mehr Ruhe, mehr Freiräume, Parks und Seen, Schatten spendende Bäume, begrünte Dächer und eine sozial durchmischte Stadt ohne abgeschottete Wohnviertel – weder für die Armen noch für die Reichen. Eine GRÜNE Stadt ist kein Selbstzweck. Es geht zuallererst darum, das Leben im Sinne der Menschen zu verbessern, und zwar vor allem für die einkommensschwächeren Dortmunder*innen, die oft diejenigen sind, die beispielsweise an lauten Straßen mit hoher Luftverschmutzung leben müssen. Sie sind auf eine soziale und ökologische Weiterentwicklung der Stadt besonders angewiesen.

Grün wählen für:

Am Gemeinwohl ausgerichtete Quartiersentwicklung
 Bei der Entwicklung neuer Wohnquartiere muss der gemeinwohlorientierte Bedarf

282 des umliegenden Stadtteils stärker berücksichtigt werden: Beispiele sind ein
283 bedarfsgerechtes Wohnungsangebot, soziale Einrichtungen wie Kitas,
284 Begegnungszentren und Pflegeeinrichtungen sowie eine wohnungsnahe
285 Einzelhandelsversorgung. Wir wollen Nutzungsmöglichkeiten und Einrichtungen
286 schaffen, die eine kostenfreie Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.
287 Gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung und einem guten Quartiersmanagement
288 wollen wir den Einzelhandel stärken und Leerstände insbesondere in den
289 Stadtteilzentren verhindern.

290
291 Beteiligung der Menschen vor Ort bei Planungsprozessen
292 Die Entwicklung großer Areale in der Stadt ist nicht allein Thema von
293 Stadtverwaltung und Investor*innen. Die Menschen vor Ort müssen auf Augenhöhe
294 und frühzeitig in Planungsprozesse als legitime Kooperationspartner*innen in die
295 Stadtentwicklung einbezogen werden. Es gibt viele Initiativen, die sich mit viel
296 Know-how bei der Entwicklung zum Beispiel des Hafenquartiers, des ehemaligen
297 HSP-Geländes oder der Nordfläche am Hauptbahnhof einsetzen.
298 Wir wollen die Bürger*innen an städteplanerischen Entwicklungen beteiligen und
299 ihre Anregungen in die weiteren Planungen einfließen lassen – mit der Option,
300 dass sich Pläne auch ändern können.
301 Wir wollen, dass Bestandserhalt ernst genommen wird und kreative Gestaltungs-
302 und Umnutzungsideen entwickelt werden. Die Einbindung von Baugruppen, die
303 Bereitstellung von Räumen für Gemeinschaftsnutzungen sowie Experimentier- und
304 Freiräume sind wichtige Bestandteile einer gemeinwohlorientierten
305 Stadtentwicklung. Akteur*innen, die einen sozialen und kulturellen Mehrwert für
306 die Nachbarschaft und Stadtgesellschaft leisten, haben für uns den gleichen
307 Stellenwert wie wirtschaftliche Akteur*innen.

308 Schaffen öffentlicher Räume
309 Für uns GRÜNE ist die Erweiterung, Entwicklung und Gestaltung des öffentlichen
310 Raums eine zentrale Zukunftsaufgabe, um Teilhabe und Zusammenhalt in der
311 Gesellschaft zu fördern. Hinter dem Begriff „öffentlicher Raum“ verbergen sich
312 nicht nur Parks und öffentliche Plätze.
313 Öffentliche Räume bringen Menschen jedweder Herkunft, Geschlecht, sozialer
314 Schicht und Alter zueinander. Wir wollen Angebote schaffen, die es den Menschen
315 ohne Hürden möglich machen, zusammenzukommen, sich kennenzulernen, Kontakte zu
316 pflegen und am öffentlichen Leben teilzuhaben.
317 Nicht zuletzt ist der öffentliche Raum ein wichtiger Ort des politischen
318 Diskurses. Dafür wollen wir Orts- und Stadtteilzentren stärken, eine Stadt der
319 kurzen Wege bieten. Wir wollen im öffentlichen Raum eine hohe
320 Aufenthaltsqualität für alle schaffen: mit Grün und Wasser, guten
321 Sitzmöglichkeiten, Spielplätzen, Veranstaltungsflächen, Kunst, Trinkbrunnen,
322 Toiletten, Foodsharing-Stationen, Bücherschränken und mehr. Angebote zum
323 kostenlosen und angenehmen Aufenthalt in der Öffentlichkeit sind eine
324 Investition in eine lebendige und gerechte Gemeinschaft, ein wichtiger Beitrag
325 zu Inklusion und Teilhabe.

326 Barrierefreiheit für den gesamten öffentlichen Raum
327 Senior*innen, Kinder und Menschen mit Behinderungen sollen sich sicher und
328 selbstständig in der Stadt bewegen können. Ein barrierefreier öffentlicher Raum
329 mit Nahversorgung im Wohnumfeld gibt Senior*innen und Menschen mit Behinderung
330 die Möglichkeit, sich lange selbstbestimmt zu versorgen und zugleich am
331 gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Neuaufteilung des Straßenraums zugunsten von Fußgänger*innen und Radverkehr
 Öffentlicher Raum ist ein Gemeingut und sollte gleichermaßen für alle zugänglich
 sein. Doch ein großer Teil der Fläche ist derzeit den Autos – fahrenden oder
 parkenden – vorbehalten. Damit hat sich der Stadtraum vom Bewegungs- und
 Aufenthaltsraum zu einem Raum für den motorisierten Verkehr entwickelt.
 Wir setzen uns dafür ein, dass der Straßenraum wieder zum Raum für den Menschen
 wird und allen Verkehrsteilnehmer*innen gleichberechtigt zur Verfügung steht. Er
 soll zur Begegnungszone nach Schweizer Vorbild werden – attraktiver und sicherer
 für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen. Auch wenn es derzeit in Deutschland
 noch keine rechtliche Grundlage für Begegnungszonen nach Schweizer Vorbild gibt
 (eine Begegnungszone ist eine Form der Verkehrsberuhigung, in der
 Fußgänger*innen Vorrang vor Fahrzeugen haben), wollen wir bei der zukünftigen
 Stadt- und Straßenplanung den Menschen mit all seinen Mobilitätsbedürfnissen und
 nicht nur das Auto vorrangig in den Blick nehmen (s. auch Kapitel Mobilität).

Verminderung von Lärm

Lärm beeinflusst nicht nur die Lebensqualität, sondern wirkt sich auch auf die
 Gesundheit aus. Der Lärmaktionsplan der Stadt muss kontinuierlich
 weiterentwickelt werden und dazu beitragen, besonders verlärmte Orte vor allem
 an verkehrsreichen Straßen konsequent zu beruhigen – unter anderem durch die
 Reduzierung von Geschwindigkeit und Verkehrsaufkommen.
 Geschwindigkeitsbegrenzungen auf 30 km/h müssen die Regel sein (s. auch Kapitel
 Mobilität). Dazu gehört auch, dass eine Straße wie die OW IIIa bzw. L 663 n, die
 eine der letzten großen Ruhezeiten in Dortmund durchschneiden würde, nicht
 weitergebaut wird.
 Auch der Dortmunder Flughafen belastet die Anwohner*innen mit zusätzlichem Lärm.
 Deshalb lehnen wir die Verlängerung der Start- und Landebahn sowie jegliche
 Aufweichung des Nachtflugverbotes ab. Langfristig fordern wir den Rückbau des
 Flughafens (s. auch Kapitel Mobilität).

Förderung von nachhaltigem Bauen

Der Bausektor gehört zu den Wirtschaftszweigen mit dem höchsten
 Ressourcenverbrauch. Gleichzeitig herrscht in Dortmund ein Bauboom. Für uns
 bedeutet das, klimaneutrales und nachhaltiges Bauen nach anerkannten
 Zertifizierungssystemen zu fordern und zu fördern.
 Die Bewertung der Klimaneutralität muss zukünftig bei kommunalen Bauvorhaben
 obligatorisch sein. Das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB) wird bereits
 verpflichtend für Neubauten des Bundes und einiger Bundesländer angewendet. Die
 Stadt Dortmund sollte die Anwendung des BNB für städtische Bauvorhaben einführen
 und damit ihrer Vorbildrolle gerecht werden. Auf Landes- und Bundesebene machen
 wir uns für entsprechende Förderprogramme im kommunalen Sektor stark.
 Um nachhaltiges Bauen nach anerkannten Bewertungs- und Zertifizierungssystemen
 auch in der Privatwirtschaft anzuregen, könnten Förderprogramme die Mehrkosten
 an Planungshonoraren auffangen.

2. Wohnungslosenhilfe

Wie viele Menschen in Dortmund obdach- und wohnungslos sind, weiß niemand so
 genau. Fakt ist: Es sind viele Hundert, die Zahl liegt höher als offiziell
 bekannt und sie steigt weiter. Das zeigen die Zahlen der Besucher*innen bei der
 Wohnungslosen-Initiative Gast-Haus e.V., bei der Kanaa-Suppenküche sowie in der
 Männer- und in der Frauenübernachtungsstelle. Dazu kommen viele Menschen, die
 akut von Wohnungslosigkeit bedroht sind. All das ist auch Ausdruck der

381 grundsätzlichen Armut vieler Menschen in der Stadt. Das im Jahr 2018
382 verabschiedete Konzept zur Weiterentwicklung der Wohnungslosenhilfe beinhaltet
383 vor allem bereits bestehende Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen und entwickelt
384 sie quantitativ weiter. Wir fordern zusätzlich eine qualitative
385 Weiterentwicklung der Wohnungslosenhilfe.

386 Grün wählen für:

387 Keine Verdrängung obdachloser Menschen
388 Armut, Obdach- und Wohnungslosigkeit gehören auch in Dortmund zur
389 gesellschaftlichen Realität und zum Stadtbild. Eine Verdrängung obdachloser
390 Menschen aus dem öffentlichen Raum lehnen wir ebenso ab wie Ordnungsgelder für
391 den Aufenthalt auf der Straße. Statt einer Bestrafung Obdachloser für ihre
392 Obdachlosigkeit setzen wir uns für eine kontinuierliche Weiterentwicklung der
393 Unterstützungs- und Hilfsangebote ein.

394 Weiterentwicklung von Männer- und Frauenübernachtungsstellen
395 Sowohl die Männer- als auch die Frauenübernachtungsstelle sind erneuert und
396 erweitert worden. Dabei werden konzeptionell auch Hilfs- und
397 Beratungsmöglichkeiten angeboten. Schon jetzt zeichnet sich aber ab, dass die
398 vorhandenen Plätze perspektivisch nicht reichen werden. Zusätzlich fehlen Plätze
399 für obdachlose Paare oder auch für obdachlose Menschen mit Hunden. Wir setzen
400 uns dafür ein, bei Bedarf erweiterte Angebote zu schaffen. Der Zugang zu
401 sogenannten Übernachtungsscheinen durch das Jobcenter oder das Sozialamt, um
402 kostenfreie Übernachtungen zu ermöglichen, soll erleichtert werden.
403 Nicht-Dortmunder*innen und EU-Zugewanderte können die Übernachtungsstellen nur
404 eine Nacht nutzen, wenn sie nicht selbst zahlen. Das bedeutet einen faktischen
405 Ausschluss dieser Gruppen von warmen und sicheren Übernachtungsmöglichkeiten.
406 Das wollen wir ändern.

407 Nothilfeprogramm im Winter

408 Wir wollen die Hilfen für obdachlose und wohnungslose Menschen im Winter
409 verbessern. Bereits in den letzten Jahren kam es teilweise zu lebensbedrohlichen
410 Situationen, wenn Menschen im Freien übernachtet haben. Eine Öffnung der U-
411 Bahnhöfe ist bis jetzt immer wieder abgelehnt worden. Wir setzen uns deshalb
412 dafür ein, dass es ein schlüssiges Nothilfeprogramm für die Wintermonate gibt.

413 Mitternachtsbus

414 Seit vielen Jahren fordern wir einen Wärme- oder Mitternachtsbus, der obdach-
415 und wohnungslose Menschen ohne Übernachtungsplatz versorgt und ihnen
416 unbürokratische Überlebenshilfen bietet. Seit Ende 2018 gibt es einen Bus, der
417 vom Malteser Hilfsdienst Dortmund, der Katholischen Stadtkirche Dortmund und der
418 Katholischen St.-Johannes-Gesellschaft organisiert wird. Der Bus versorgt
419 mehrmals in der Woche abends in der Innenstadt obdach- und wohnungslose Menschen
420 mit Tee, Kaffee und heißer Suppe, mit Hygieneartikeln, warmer Kleidung und
421 Schlafsäcken. Jeden Abend werden damit bis zu 100 Menschen erreicht, versorgt
422 und unterstützt. Der Betrieb läuft ausschließlich über Ehrenamtliche und wurde
423 bisher ausschließlich aus Spendenmitteln finanziert. Auf Antrag der GRÜNEN
424 Ratsfraktion wird der Bus ab 2020 mit 10.000 Euro jährlich unterstützt. Wir
425 setzen uns dafür ein, dass der Bus perspektivisch ganzjährig fährt und ein
426 fester Bestandteil der Notfallhilfen für obdach- und wohnungslose Menschen wird.

427 Nothilfeprogramm für EU-Zuwander*innen

428 Ein großer Teil der Zuwander*innen aus Südosteuropa ist zunehmend von Armut und

Verelendung betroffen oder bedroht, weil sie die rechtlichen Voraussetzungen für die Anerkennungs des Hilfsbedarfs nicht erfüllen. Viele sind obdachlos oder leben in prekären Wohnverhältnissen. Sie besitzen weder einen Anspruch auf Sozialleistungen noch einen Krankenversicherungsschutz und sind größtenteils von integrierenden Hilfeleistungen ausgeschlossen. So ist zum Beispiel eine Versorgung mit Lebensmitteln bei der Dortmunder Tafel an die Voraussetzung geknüpft, dass für den Erhalt eines Tafelausweises die Bedürftigkeit mit einem amtlichen Bescheid über den Bezug von Sozialleistungen nachgewiesen wird. Diesen Bescheid haben aber viele der Zuwander*innen nicht. Für die betroffenen Menschen bleiben im Fall der Bedürftigkeit meist nur die offenen Tagerestaurants, Suppenküchen oder Notfallambulanzen, wo ihnen unabhängig von ihren rechtlichen Ansprüchen geholfen wird. Ein eigenständiges niedrighschwelliges Konzept bzw. Nothilfeprogramm zur Verbesserung der Lebenssituation der Betroffenen gibt es bis heute nicht. Wir wollen, dass ein solches Konzept erstellt wird, das sich an den konkreten Lebenslagen orientiert. Bestandteil eines solchen Programms muss insbesondere die medizinische Versorgung sein.

Stärken vorhandener Tagesaufenthalte – Schaffen dezentraler Tagesaufenthalte
Die vorhandenen Tagesaufenthalte wollen wir stärken und auch mit kommunalen Mitteln absichern. Notwendig sind aber aufgrund der gestiegenen und weiter steigenden Zahlen wohnungsloser Menschen mehr kleine dezentrale Möglichkeiten des Tagesaufenthalts – vor allem auch für die zunehmende Zahl jugendlicher Obdachloser. In den Einrichtungen sind insbesondere Möglichkeiten des Waschens und der Körperhygiene zu schaffen.

Housing First

Vor dem Hintergrund des angespannten Wohnungsmarkts haben Menschen in prekären Lebenslagen Probleme, adäquate Wohnungen zu finden. Das gilt besonders für bisher Obdach- und Wohnungslose. Das Housing-First Konzept beendet Wohnungslosigkeit unmittelbar und bietet flexible wohnbegleitende Hilfen zum dauerhaften Wohnungserhalt an. Dabei besteht von Anfang an ein normales, unbefristetes Mietverhältnis mit allen Rechten und Pflichten. Das ist ein entscheidender Unterschied zum derzeit praktizierten System, in dem Betroffene ihre „Wohnfähigkeit“ zunächst unter Beweis stellen müssen. Wir setzen uns dafür ein, das Konzept des Housing First in Dortmund einzuführen.

3. Kommunale Arbeitsmarktpolitik – Teilhabe für Langzeitarbeitslose

Der ökologische Umbau, die Digitalisierung und der technologische Wandel in der Arbeitswelt setzen viele Arbeitsplätze unter Veränderungsdruck. Dortmund hat eine lange Geschichte des Strukturwandels hinter sich. In den letzten Jahren konnte gemeinsam mit vielen arbeitsmarktpolitischen Akteur*innen, darunter die lokale Wirtschaft, die Agentur für Arbeit, das Jobcenter und viele Beschäftigungsträger, die Zahl der Menschen ohne Erwerbsarbeit deutlich verringert werden. Die Stadt Dortmund soll ihren Einsatz für nachhaltige Beschäftigung und gute Arbeit weiter verstärken.

Grün wählen für:

Strategien für die Teilhabe am Arbeitsmarkt

Trotz der Bemühungen der Stadt sind immer noch viele Menschen in Dortmund langzeitarbeitslos und mit ihren Familien und Angehörigen von Leistungen des Staates abhängig. Im Januar dieses Jahres waren es noch über 83.000 in über 42.000 Bedarfsgemeinschaften.

477 Das Job Center unterstützt bereits Arbeitgeber*innen, die Langzeitarbeitslose
478 über das Teilhabechancengesetz des Bundes in den ersten Arbeitsmarkt
479 eingliedern. Darüber hinaus brauchen wir für Menschen, die langzeitarbeitslos
480 sind und absehbar keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, einen
481 öffentlichen geförderten sozialen Arbeitsmarkt, der eine verlässliche
482 Perspektive eröffnet. Dazu müssen nicht nur befristete, sondern auch
483 unbefristete Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden. Dafür setzen wir uns
484 auf Bundes- und Landesebene ein.

485 Dortmund hat in den letzten Jahren eigene finanzielle Mittel aufgebracht, um
486 Langzeitarbeitslosigkeit mit Hilfe von Bundes- und Landesmitteln über Projekte
487 vor Ort effektiv und nachhaltig zu verringern. Diese Kommunale
488 Arbeitsmarktstrategie werden wir weiter unterstützen. Statt Arbeitslosigkeit zu
489 verfestigen, wollen wir Teilhabechancen schaffen und die soziale und ökologische
490 Infrastruktur in den Quartieren der Stadt stärken.

491 Integration von geflüchteten Menschen durch und in Arbeit
492 Die Integration von zu uns geflüchteten Menschen in den Arbeitsmarkt ist eine
493 besondere Herausforderung. Klar ist, dass eine echte Integration nur gelingen
494 kann, wenn ein eigenes Einkommen ein eigenständiges Leben und eine
495 Lebensperspektive ermöglicht. Wir setzen uns weiterhin für eine Integration der
496 geflüchteten Menschen in den Dortmunder Arbeitsmarkt ein. Im Rahmen der
497 Kommunalen Arbeitsmarktstrategie müssen alle arbeitsmarktpolitischen
498 Akteur*innen entsprechende Schwerpunkte wie zum Beispiel
499 Qualifizierungsangebote, Sprachkurse etc. setzen. Mit der Integration begegnen
500 wir erfolgreich dem zunehmenden Fachkräftemangel bei Dortmunder Unternehmen und
501 Handwerksbetrieben.

502 Perspektiven für junge Menschen
503 Die Zahl Jugendlicher und junger Erwachsener ohne Arbeit ist in Dortmund immer
504 noch viel zu hoch. Allein im Januar dieses Jahres waren 2849 junge Menschen
505 unter 25 Jahren ohne Job. Wer sein Erwerbsleben mit einer Phase der
506 Arbeitslosigkeit und verbunden damit auch mit Perspektivlosigkeit beginnt, hat
507 schlechtere Aussichten auf eine erfolgreiche berufliche Zukunft. Die Grundlagen
508 für einen guten Start ins Erwerbsleben werden schon früh in der Schule gelegt.
509 Ein Schulabschluss ist die wichtigste Voraussetzung für eine gute Perspektive
510 auf dem Arbeitsmarkt. Wir werden Projekte, die Jugendliche und junge Erwachsene
511 im Übergang von der Schule in einen Beruf unterstützen, fördern.

512 Qualifizierung als Schlüssel zur Beschäftigung
513 Eine zentrale Rolle für die Überwindung von Arbeitslosigkeit spielt die
514 Qualifizierung insbesondere von langzeitarbeitslosen Menschen. Dabei müssen sich
515 die Lerninhalte und Lernformen den unterschiedlichen Vorkenntnissen und
516 Bedürfnissen der Menschen anpassen: Manche benötigen berufliches Basiswissen,
517 andere brauchen eine gezielte Weiterbildung in ihrem Beruf. Dabei gilt es
518 insbesondere, die digitale Spaltung zwischen Menschen, die die Technik
519 beherrschen, und denen, die sie nicht beherrschen, zu verhindern. Nicht jede
520 Qualifizierung ist für alle Arbeitslosen geeignet und notwendig. Deshalb müssen
521 die Angebote die Interessen und Bedürfnisse der Arbeitslosen berücksichtigen;
522 sie müssen zudem nachhaltig in dem Sinne sein, dass sie die Chancen auf einen
523 existenzsichernden und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz gewähren.
524 Projekte und Initiativen, die nachhaltige und an den Bedürfnissen der
525 Teilnehmer*innen orientierte Angebote machen, unterstützen wir.

526 Leistungen des Dortmund-Passes ausweiten
527 Mit dem Dortmund-Pass erhalten Menschen, die Sozialleistungen beziehen,
528 ermäßigten Eintritt für städtische Freizeit- und Kulturangebote. Wir wollen den
529 Kreis der Anspruchsberechtigten ausweiten auf Bürger*innen mit geringem
530 Einkommen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, die Leistungen des Dortmund-Passes
531 analog zu den Vergünstigungen durch die Ehrenamtskarte zu erweitern.

532 4. Alt werden in Dortmund

533 Auch in Dortmund werden viele Menschen immer älter. Unser Ziel ist es, dass sie
534 dabei so lange wie möglich selbstbestimmt leben und aktiv sein können. Die
535 meisten Menschen möchten auch im Alter in ihrer gewohnten Umgebung bleiben und
536 am alltäglichen Leben teilhaben. Deshalb braucht es kurze Wege und Hilfen vor
537 Ort. Dazu gehören eine gute Nahversorgung, ein guter und preiswerter
538 öffentlicher Nahverkehr, eine ausreichende Gesundheitsversorgung sowie gut
539 erreichbare und gut ausgestattete Begegnungs- und Beratungsstellen. Mit ihren
540 Lebenserfahrungen, ihrem Wissen und ihren Fähigkeiten bereichern Senior*innen
541 unsere Stadtgesellschaft. Wir wollen deshalb die Teilhabe älterer Menschen
542 ermöglichen und unterstützen, unabhängig davon, wie viel Geld sie haben, wie es
543 um ihre Gesundheit bestellt ist oder welche Sprache sie sprechen.

544 4.1 Inklusive und starke Infrastruktur für Senior*innen

545 Wir GRÜNE stehen für ein inklusives Dortmund. Wir stehen für eine Stadt, in der
546 Chancengleichheit, gerechte Teilhabe und Selbstbestimmung für alle Menschen
547 sicherzustellen sind. Für uns ist Inklusion eine Querschnittsaufgabe, die alle
548 Lebensbereiche berührt, insbesondere auch die der älteren Menschen.

549 Grün wählen für:

550 Inklusives Dortmund – Teilhabe und Barrierefreiheit
551 Teilhabe braucht unabdingbar ein entsprechendes barrierefreies Wohnumfeld, das
552 allen zugutekommt. Wir setzen uns außerdem ein für den weiteren Ausbau von
553 barrierefreien Haltestellen und von Ampelanlagen für Sehbehinderte sowie die
554 Absenkung aller Gehwege an Kreuzungen. Auch alle Behörden und Ämter müssen
555 barrierefrei sein, genauso die Zugänge zu amtlichen Formularen. Barrierefreiheit
556 muss darüber hinaus bei allen Gebäuden gewährleistet werden, die von der Stadt
557 Dortmund Investitionszuschüsse erhalten. Wir erwarten, dass der Hauptbahnhof
558 nach seinem Umbau grundsätzlich barrierefrei ist und erwarten das auch von
559 anderen Bahnstationen in der Stadt.
560 Wir setzen uns dafür ein, dass Teilhabe im Alltag selbstverständlich wird.
561 Städtische Veranstaltungssäle sollen grundsätzlich mit induktiven Höranlagen
562 ausgestattet bzw. nachgerüstet werden, damit hörgeschädigte Menschen auch an
563 öffentlichen Veranstaltungen teilnehmen können.

564 Begleitservice für Bus und Bahn

565 Mobilität ist ein wichtiges Kriterium für eine selbstbestimmten Teilhabe am
566 gesellschaftlichen Leben. Gerade viele ältere und mobilitätseingeschränkte
567 Menschen mit Rollstuhl, Rollator oder Gehhilfe, aber auch seheingeschränkte,
568 blinde oder gehörlose Menschen fühlen sich bei der Nutzung von Bussen und Bahnen
569 unsicher und benötigen Hilfe. Ein ÖPNV-Begleitservice begleitet Fahrgäste von
570 der Haustür an in allen auf dem Weg erforderlichen öffentlichen Verkehrsmitteln
571 bis zu ihrem Zielort. Er wäre in einer tendenziell alternden Gesellschaft und
572 Stadt eine wichtige Ergänzung und Hilfestellung. Die von uns immer wieder

573 geforderte Einrichtung eines solchen Begleitservices ist in den letzten Jahren
574 aus unterschiedlichen Gründen gescheitert. Wir wollen einen ÖPNV-Begleitservice
575 in Dortmund weiterhin realisieren.

576 Öffentliche Toiletten ausbauen

577 Ausreichende, barrierefreie und qualitativ gute öffentliche Toiletten gehören
578 zur kommunalen Daseinsvorsorge einer Stadt. Insbesondere ältere Menschen, aber
579 auch Menschen mit Behinderung sind auf darauf angewiesen, dass ein stadtweites
580 Netz öffentlicher Toiletten zur Verfügung steht. Mit der derzeitigen Anzahl
581 vorhandener öffentlicher Toiletten kann die Stadt Dortmund die gleichberechtigte
582 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht gewährleisten. Wir setzen uns für ein
583 Konzept zum Ausbau öffentlicher Toiletten sowie für die stadtweite Umsetzung des
584 Projekts „Nette Toilette“ ein.

585 Wohnungstauschbörse und Umzugsmanagement

586 Ein Teil der älteren Menschen lebt in Wohnungen, die nicht altersgerecht, nicht
587 barrierefrei oder inzwischen einfach zu groß sind. Das macht eine eigene und
588 selbstbestimmte Haushaltsführung oft schwierig. Gleichzeitig wollen viele
589 Senioren*innen so lange wie möglich eigenständig leben und in vertrauter
590 Umgebung ihres Stadtteils bleiben. Viele trauen sich aber einen freiwilligen
591 Wohnungswechsel ohne Unterstützung nicht zu. Gleichzeitig gibt es junge Familien
592 mit Kindern, die eine größere Wohnung benötigen. Diese unterschiedlichen
593 Ansprüche wollen wir zusammenbringen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass in
594 der Zusammenarbeit von Stadt und Wohnungsbaugesellschaften eine
595 Wohnungstauschbörse und ein Umzugsmanagement entwickelt werden. (siehe auch
596 Kapitel Wohnen und Stadtentwicklung).

597 Förderung von Mehrgenerationen-Wohnen

598 Schon jetzt gibt es in Dortmund verschiedene generationenübergreifende
599 Wohnprojekte, in denen jüngere und ältere Menschen, Familien mit Kindern und
600 Alleinstehende zusammenleben, planen und entscheiden. Nachbarschaftliches
601 Miteinander statt sozialer Isolation ist das Motto. Statt in der eigenen Wohnung
602 zu vereinsamen, sind hier ältere Menschen aktiv eingebunden. Wir werden weitere
603 Mehrgenerationen-Wohnprojekte in Dortmund unterstützen und fördern.

604 Schaffung von Gesundheitskiosken

605 In einigen Stadtteilen ist die ärztliche Versorgung nicht ausreichend gegeben,
606 weil es nicht genug Arztpraxen gibt. Gerade für ältere Menschen ist das ein
607 Problem. Sogenannte Gesundheitskioske bieten in anderen Städten eine
608 niedrigschwellige ambulante Versorgung und Beratung vor Ort, helfen bei der
609 Suche nach medizinischem Personal, bei Vor- und Nachbereitungen von Arztbesuchen
610 oder auch Aufklärung und Erläuterungen von medizinischen Befunden. Angliedert
611 ist zum Teil auch eine ambulante Pflege für chronisch kranke Patient*innen. Wir
612 wollen die Einrichtung von Gesundheitskiosken in Dortmund prüfen.

613 Weiterentwicklung Städtischer Seniorenheime

614 Die Städtische Seniorenheime gGmbH mit acht Seniorenheimen und fast 1.000
615 Plätzen im Stadtgebiet ist eine wichtige kommunale Daseinsvorsorge für das
616 betreute Wohnen älterer Menschen, die nicht mehr in ihrer eigenen Wohnung leben
617 können. Wir wollen diese Seniorenheime stärken und weiterentwickeln, gerade
618 hinsichtlich interkultureller Ansätze. Den Bereich der Service-Wohnungen für
619 Senior*innen wollen wir ausbauen. Gleichzeitig befürworten wir den Ausbau
620 ambulanter Dienste.

621 4.2 Selbstbestimmt alt werden

622 Seniorenbeirat stärken

623 Der gewählte Beirat für Senior*innen ist ein wichtiges kommunales Gremium, das
624 den Anliegen älterer Menschen in Dortmund eine Stimme gibt. Wir wollen den
625 Beirat in seiner Arbeit unterstützen und stärken. Dazu zählt auch ein
626 verankertes Rederecht der Mitglieder des Seniorenbeirates in den
627 Bezirksvertretungen

628 Seniorenbüros stärken

629 Die zwölf Seniorenbüros in Trägerschaft der Stadt und der Verbände der Freien
630 Wohlfahrtspflege sind ein wichtiger Anlaufpunkt in jedem Stadtteil für Hilfen im
631 Alltag, für die Kooperation mit medizinischem Personal und Pflegediensten, für
632 Begegnungsmöglichkeiten und Kommunikation, aber auch für die Vermittlung von
633 bürgerschaftlichem Engagement aktiver Senior*innen. Wir setzen uns dafür ein,
634 die Angebote der Seniorenbüros weiter auszubauen. Notwendig sind dabei gerade
635 vor dem Hintergrund vieler älter Zuwander*innen vermehrt auch kultursensible
636 Ansprechpartner*innen. Die Zusammenarbeit der Seniorenbüros mit vorhandenen
637 Seniorenbegegnungsstätten wollen wir fördern.

638 Nachbarschaftsprojekte ausbauen

639 Starke Nachbarschaften und lebendige Quartiere stärken die Qualität des
640 Wohnumfeldes und das soziale Zusammenleben. Das ist insbesondere für ältere
641 Menschen von großer Bedeutung, die möglichst lange in ihrer eigenen Wohnung und
642 der vertrauten Umgebung ihres Quartiers bleiben wollen. Wir setzen uns deshalb
643 dafür ein, nachbarschaftliche Projekte in der Stadt zu fördern und zu
644 realisieren.

645 Kultursensible Senior*innenarbeit, Beratung und Pflege stärken

646 Alt werden in der Fremde, die aber doch Heimat geworden ist, ist nicht immer
647 leicht. Wir setzen uns dafür ein, Angebote der Senior*innenarbeit, der Beratung
648 und Pflege auf die Bedürfnisse von Senior*innen mit Migrationshintergrund
649 abzustimmen und zu verbessern.

650 5. Drogenhilfe in Dortmund: Hilfe statt Sanktion

651 Wir stehen für eine humane Drogen- und Suchtpolitik, die Drogen weder
652 verharmlost noch ideologisch verteufelt. Kinder und Jugendliche wollen wir
653 wirksam vor Drogen schützen. Die Selbstverantwortung mündiger Erwachsener wollen
654 wir stärken, ebenso die wirksame Prävention. Abhängige benötigen Hilfe,
655 Konsument*innen sollten nicht länger kriminalisiert werden. Mit einer
656 Entkriminalisierung insbesondere von Cannabis werden Polizei und
657 Staatsanwaltschaften entlastet und finanzielle Mittel frei für Prävention,
658 Schadensminderung und bessere Therapieangebote.

659 Prävention und die Hilfen für drogenabhängige Menschen sind in Dortmund an
660 vielen Stellen gut ausgebaut. Und trotzdem gibt es Lücken im System, die gefüllt
661 werden müssen. Wir wollen deshalb das aktuelle Drogenhilfekonzzept
662 weiterentwickeln.

663 Zur besseren Stabilisierung drogenkonsumierender Menschen braucht es unter
664 anderem niedrigschwellige Beschäftigungsmöglichkeiten. Wir wollen im Rahmen des
665 Teilhabechancengesetz entsprechende Möglichkeiten anzubieten.

666 Grün wählen für:

667 Stärkung der Prävention für Kinder und Jugendliche
668 Wir setzen uns ein für eine verstärkte und glaubwürdige Drogenprävention.
669 Insbesondere Kinder und Jugendliche wollen wir wirksam vor Drogen schützen,
670 indem wir z.B. die Werbung für Drogen wie Alkohol und Nikotin auf allen
671 städtischen Werbeflächen ausschließen. Durch das Präventionsprojekt „Klasse
672 2000“ sind in der Vergangenheit zu wenige Kinder erreicht worden. Wir wollen das
673 Projekt ebenso erweitern und stärken wie andere vorhandene Präventionsmaßnahmen
674 und -angebote.

675 Modellprojekt zur kontrollierten Abgabe von Cannabis
676 Cannabis ist die am häufigsten konsumierte illegale Droge. Die Zahl der
677 Konsument*innen ist in den letzten Jahren auch in Dortmund deutlich gestiegen.
678 Verbote führen offensichtlich nicht zu einer Vermeidung des Konsums, sondern
679 fördern stattdessen in mehrfacher Hinsicht eine Kriminalisierung: Durch den
680 illegalen Handel werden Schwarzmarktstrukturen gestärkt, bei denen auch
681 verunreinigtes Cannabis und harte Drogen ins Spiel kommen. Eine kontrollierte
682 Abgabe von Cannabis mit einem kontrollierten Wirkstoffgehalt kommt deshalb nicht
683 nur dem gesundheitsrelevanten Aspekt viel näher als ein Verbot, sondern hat auch
684 positive Effekte für den Jugendschutz und schwächt den Schwarzmarkt.
685 Wir setzen uns deshalb für die legale und kontrollierte Abgabe von Cannabis ein.
686 Damit sollen – im Gegensatz zu heute – der Verbraucher- und Jugendschutz
687 gestärkt werden. Sollte es die Möglichkeit von Modellprojekten zur
688 kontrollierten Abgabe von Cannabis geben, wollen wir sie für Dortmund nutzen.

689 Ausweitung der Öffnungszeiten und der Nutzung des Drogenkonsumraums
690 Das inzwischen zum Grafenhof umgezogene und von der Aidshilfe betriebene Cafe
691 Kick mit dem Dortmunder Drogenkonsumraum ist eine überlebenswichtige Einrichtung
692 für viele Menschen, die aus dem Hilfesystem der Stadt nicht mehr wegzudenken
693 ist. Drogenabhängige haben dort einen festen Anlaufpunkt, an dem sie sicher,
694 hygienisch und unter ärztlicher Aufsicht ihre Drogen konsumieren können, statt
695 sich in Hauseingängen oder Hinterhöfen zu verstecken. Zusätzlich werden Spritzen
696 und Kanülen gezielt gesammelt und entsorgt, statt auf Spielplätzen oder anderen
697 Orten herumzuliegen. Der Drogenkonsumraum nutzt also auch der gesamten Stadt.
698 Trotz der auch auf GRÜNE Initiative vorgenommenen Ausweitung der Plätze reichen
699 die Kapazitäten des Drogenkonsumraums nicht aus. Wir setzen uns deshalb dafür
700 ein, dass die Öffnungszeiten weiter ausgeweitet werden.
701 Momentan können nur in Dortmund gemeldete Drogenabhängige den Konsumraum nutzen,
702 auswärtige Abhängige nicht. Viele von ihnen kaufen ihre Drogen in Dortmund und
703 konsumieren sie dann zwangsläufig im Umfeld des Konsumraums oder irgendwo in der
704 Stadt – mit allen negativen Begleiterscheinungen bis hin zu weggeworfenen
705 Spritzen. Das wollen wir ändern. Wir setzen uns dafür ein, dass der
706 Wohnortnachweis für die Nutzung des Konsumraums entfällt.

707 Ausbau der Hilfsangebote in der Nordstadt
708 Insbesondere die Nordstadt braucht hinsichtlich der Drogensituation dringend
709 weitere Hilfen. Das Ordnungsamt hat klar beschrieben, wie die momentane
710 Situation aussieht: Auf Spielplätzen, auf öffentlichen Straßen und Plätzen, in
711 Grünanlagen oder in Hauseingängen werden weiche und harte Drogen konsumiert und
712 gehandelt.
713 Der bereits vorhandene Drogenkonsumraum am Grafenhof wird von vielen Abhängigen
714 der Nordstadt aufgrund der Entfernung nicht genutzt. Die Bewohner*innen der
715 Nordstadt haben aber zu Recht die Erwartung, dass die Szene ihre Drogen nicht
716 mehr vor und in ihren Hauseingängen konsumiert. Ordnungspolitische Maßnahmen

717 allein werden dieses Problem nicht lösen. Wir setzen uns deshalb dafür ein,
 718 zusätzliche niedrigschwellige Hilfsangebote für Abhängige zu schaffen, die auch
 719 den Bürger*innen vor Ort helfen. Dazu zählt auch die Ausweitung der
 720 Straßensozialarbeit insbesondere rund um den Nordmarkt.
 721 Wir setzen uns dafür ein, einen der geplanten neuen Tagesaufenthalte für
 722 Drogenabhängige in der Nordstadt mit Wasch- und Konsummöglichkeiten
 723 auszustatten. Außerdem ist die Installierung von Spritzenautomaten zur
 724 Versorgung mit sauberen Spritzen und zur sauberen Entsorgung gebrauchter
 725 Spritzen zu prüfen.

726 Intensivierung der Substitutionsbehandlung durch Diamorphin-Vergabe für
 727 Schwerstabhängige
 728 Dortmund hat mit über 40 niedergelassen Ärztinnen und Ärzte sowie der
 729 Methadonambulanz des Gesundheitsamtes ein breites und gut aufgestelltes Angebot
 730 der Substitutionsbehandlung. Dieses Angebot wollen wir erhalten und stärken.
 731 Seit vielen Jahren fordert die GRÜNE Ratsfraktion darüber hinaus eine
 732 Diamorphin-Vergabe für Schwerstabhängige. Die Gründe dafür liegen auf der Hand:
 733 Insbesondere für hochgradig drogenabhängige Frauen, die seit Jahren und ohne
 734 Perspektive in der Nordstadt der Prostitution nachgehen, ist ein Diamorphin-
 735 Programm eine Möglichkeit, den Teufelskreis aus Sucht und Prostitution zu
 736 durchbrechen. Viele von ihnen befinden sich in einer schwierigen
 737 gesundheitlichen Situation, die sich durch den hohen Kontrolldruck nach der
 738 Schließung des Straßenstrichs erheblich verschärft hat. Auch Strafverfahren und
 739 Freiheitsstrafen führten in der Regel nicht zu einem Ausstieg aus Prostitution
 740 und Sucht. Das zeigt auch, wie wenig repressive Maßnahmen gegen Drogensucht
 741 helfen.
 742 Immer wieder ist die Forderung nach einer Diamorphin-Vergabe aus
 743 unterschiedlichen Gründen abgelehnt worden. Inzwischen hat eine Mehrheit des
 744 Rates zumindest einer Machbarkeitsstudie für eine Vergabe in städtischer
 745 Trägerschaft zugestimmt. Wir setzen uns dafür, dass schnellstmöglich eine
 746 Diamorphin-Vergabe in Dortmund realisiert wird.

747 Entwicklung eines Konzepts für Drogenkonsumierende im Alter
 748 Durch das verbesserte Hilfesystem erreichen Konsumierende inzwischen ein immer
 749 höheres Alter. Dadurch wird das Thema der Pflege für ältere Drogenabhängige
 750 aktuell und stellt besondere Anforderungen. Denn viele der Betroffenen leiden an
 751 körperlichen und seelischen Folgeerkrankungen, an Mobilitätsstörungen bis hin
 752 zur Körperbehinderung. Bereits seit vielen Jahren bietet das Landesmodellprojekt
 753 LÜSA (Langzeit Übergangs- und Stützungsangebot) in Unna als niedrigschwellige
 754 stationäre Wohneinrichtung stationäre Plätze in verschiedenen konzipierten
 755 Wohnangeboten für mehrfach schwerstgeschädigte chronisch drogenabhängige
 756 Menschen an. Wir setzen uns dafür ein, dass ein ähnliches Konzept für ältere
 757 Drogenabhängige auch in Dortmund entwickelt und umgesetzt wird.

758 6. Hilfe für Menschen in Prostitution

759 In Dortmund arbeiten über 1.000 Frauen und Männer in der Prostitution. Unser
 760 Ziel ist es, ihre rechtliche und soziale Situation zu verbessern. Gleichzeitig
 761 setzen wir uns für ihren größtmöglichen Schutz ein. Wichtig ist uns, sie vor
 762 jeglicher Form von Ausbeutung und Gewalt zu schützen. Wir stellen uns aber auch
 763 gegen alle Bestrebungen, Menschen in der Prostitution zu kriminalisieren und zu
 764 diskriminieren. Es gibt keine Belege dafür, dass durch Repressionen und
 765 Kriminalisierung die Prostitution verhindert wird. Ein Verbot der Prostitution

766 lässt diese nicht verschwinden, wie Erfahrungen anderer Länder zeigen.
767 Prostitution würde verlagert, weniger sichtbar, wodurch Prostituierte weniger
768 geschützt werden können. Stattdessen wollen wir Beratungs- und Hilfsangebote
769 stärken.

770 Grün wählen für:

771 Das Dortmunder Modell – Unterstützung der Beratungs- und Hilfsangebote
772 Seit vielen Jahren gibt es den „Runden Tisch Prostitution“, an dem neben der
773 Verwaltung auch Beratungsstellen, Betreiber*innen der Linienstraße und
774 bordellähnlicher Betriebe, Prostituierte sowie die Polizei teilnehmen. Ziel
775 dieses Dortmunder Modells ist es, die Belange aller Beteiligten zu
776 berücksichtigen und sich auf gemeinsame Ziele zu einigen. Auch der Runde Tisch
777 “Kinder und Jugendliche in der Prostitution” verfolgt das Ziel schneller und
778 unbürokratischer Hilfen, um einem Verbleib junger Menschen im Milieu
779 entgegenzuwirken. Wir setzen uns dafür ein, die Arbeit der Runden Tische
780 fortzusetzen und das Dortmunder Modell weiterzuentwickeln.
781 Seit 2014 wird im Rahmen der Neuordnung der Hilfen für Prostituierte die
782 Mitternachtsmission als Fachberatungsstelle mit städtischen Mittel gefördert.
783 Inhalt der Arbeit sind neben den psychosozialen Beratungsangeboten auch die
784 aufsuchende Sozialarbeit und Streetwork sowie umfassenden Ausstiegshilfen.
785 Zusätzlich bietet auch die Beratungsstelle KOBER Unterstützungshilfen für
786 betroffene Frauen. Wir wollen die vorhandenen Beratungs- und Hilfsangebote
787 erhalten und absichern und sie bei Bedarf mit finanzieller Unterstützung der
788 Stadt ausweiten.

789 Wahrung der Persönlichkeitsrechte

790 Das neue Prostituiertenschutzgesetz gilt seit dem 01. Juli 2017 und hat durch
791 die neue Beratungs- und Anmeldepflicht zum Teil gravierende Auswirkungen. Viele
792 Frauen üben die Prostitution im Verborgenen und ohne Kenntnis ihres privaten
793 Umfelds aus. Durch die Anmeldebescheinigung und die Weiterleitung der Daten an
794 die Finanzbehörden besteht die Befürchtung, dass diese Anonymität aufgehoben
795 wird und die Betroffenen im Zweifelsfall erpressbar werden. Wir setzen uns dafür
796 ein, dass die Durchführung der gesundheitlichen Beratung im Gesundheitsamt
797 personell angemessen ausgestattet ist und kostenfrei bleibt. Es ist dafür Sorge
798 zu tragen, dass im Zuge der Anmeldung die Anonymität bestmöglich geschützt wird.

799 Hilfe durch eine Diamorphin-Ambulanz

800 Mit den bestehenden Unterstützungsangeboten wurden bisher nur unzureichend
801 drogenabhängige Frauen in der Prostitution erreicht. Eine Diamorphin-Vergabe
802 bietet eine Möglichkeit, den Teufelskreis aus Sucht und Prostitution zu
803 durchbrechen. Wir setzen uns dafür ein, dass schnellstmöglich eine Diamorphin-
804 Ambulanz in Dortmund realisiert wird. (siehe auch Programmteil „Drogenhilfe“)

805 Absicherung und Finanzierung der Arbeit zum Schutz der Kinder und Jugendlichen
806 Auch Minderjährige prostituieren sich in Dortmund oder werden zum Teil zur
807 Prostitution gezwungen. Die Beratungsstellen gehen von deutlich mehr als 50
808 Mädchen aus. Viele von ihnen haben den Kontakt zum Elternhaus und Freundeskreis
809 abgebrochen, leben in der Obdachlosigkeit, leiden unter Alkohol- und
810 Drogenkonsum sowie unter gesundheitlichen Problemen. Für ihre Beratung und für
811 Hilfen zum Ausstieg gibt es bisher keine öffentlichen Zuschüsse; auch die
812 Beratung und Prävention gegen das so genannte CyberGrooming, die gezielte
813 Ansprache von Kindern im Internet zur Anbahnung sexueller Kontakte ist zur Zeit

814 nicht finanziell gesichert. Die Beratungsstellen sind für diese Teile ihrer
 815 Arbeit auf Spenden angewiesen. Wir setzen uns dafür ein, dass Hilfsangebote und
 816 Ausstiegsarbeit, Prävention in Schulen und Onlineberatung ausreichend finanziert
 817 und abgesichert werden.

818 Stärkung der Beratungsangebote für männliche Prostituierte
 819 Nach einer wissenschaftlichen Studie ist Dortmund ein Zentrum der männlichen
 820 Prostitution im östlichen Ruhrgebiet. Ca. 250 Jungen und Männer gehen in unserer
 821 Stadt regelmäßig der Prostitution nach. Zumeist sind sie von massiven
 822 psychosozialen und gesundheitlichen Problemen betroffen. Wir setzen uns für die
 823 weitere und ausreichende Unterstützung von Präventions-, Beratungs- und
 824 Begleitangeboten für männliche Prostituierte ein.

825 Finanzierung der Beratung für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution
 826 Insbesondere viele afrikanische Frauen sind während ihrer Flucht Opfer von
 827 Menschenhandel und Zwangsprostitution geworden – darunter auch Minderjährige.
 828 Die Altersfeststellungen durch das Jugendamt sind unter Umständen für die jungen
 829 Frauen sehr belastend. Beratungsarbeit wird vom Land nur für die Frauen
 830 gefördert, die in Deutschland und nicht auf ihrer Flucht Opfer von
 831 Menschenhandel geworden sind. Wir setzen uns dafür ein, dass Hilfsangebote für
 832 alle Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution zur Verfügung gestellt
 833 werden. Hier ist insbesondere das Land gefragt.

834 7. Sicherheit in Dortmund: Bürger*innen-Rechte achten

835 In den vergangenen Jahren ist die Kriminalität in Dortmund kontinuierlich
 836 gesunken. Gleichzeitig werden immer mehr Verbrechen aufgeklärt. Trotzdem leben
 837 einige Menschen in Angst vor Gewalt, Einbruchskriminalität oder Übergriffen im
 838 öffentlichen Raum, auf Straßen und Plätze oder auch im ÖPNV. Dieser
 839 widersprüchlichen Entwicklung stellen wir uns mit bedachtem Handeln und einer
 840 nüchternen Analyse. Wir setzen dabei auf städtebauliche und gestalterische
 841 Maßnahmen, um Angsträume zu minimieren, und weiter auf eine Stärkung der
 842 Nachbarschaft innerhalb der Quartiere sowie auf eine effektive,
 843 partnerschaftliche Zusammenarbeit der städtischen Behörden mit der Polizei. Zu
 844 einem sicheren Dortmund gehört für uns auch die Stärkung von Feuerwehr und
 845 Katastrophenschutz.

846 7.1 Polizei, Stadt und Bürger*innen in partnerschaftlichem Zusammenwirken

847 Grün wählen für:

848 Bürger*innennahe Polizei statt Videobeobachtung
 849 Wir wollen eine Stadt, in der sich die Bürger*innen frei und ungezwungen und
 850 gleichzeitig sicher bewegen können. Eine Ausweitung der Videobeobachtung und -
 851 überwachung im öffentlichen Raum führt zu mehr Überwachung und eventuellen
 852 Verdrängungseffekten ohne Lösung der eigentlichen Probleme. Studien belegen,
 853 dass Videobeobachtung Straftaten nicht verhindern kann. Zusätzlich sprechen
 854 Datenschutz und Eingriffe in persönliche Freiheitsrechte gegen ein Mehr an
 855 Überwachung. Auch die Landesdatenschutzbeauftragte NRW warnt vor dem Risiko
 856 einer nahezu uferlosen Ausweitung polizeilicher Videoüberwachung im öffentlichen
 857 Raum. Dies würde schrittweise auch zu einer Desensibilisierung für die
 858 Problematik der Videoüberwachung führen. Wir lehnen deshalb einen Ausbau von
 859 Videobeobachtung und -überwachung ab.
 860 Die 2016 aufgrund einer Entscheidung von Innenministerium und Polizei in der

861 Brückstraße und am Platz von Leeds installierten Kameras haben nicht zu mehr
 862 Sicherheit geführt. Im videobeobachteten Bereich kam es sogar zu einem Anstieg
 863 von Straßensriminalität. Gleichzeitig führen die Kameras zu einer Zunahme von
 864 Überwachung und Beobachtung unbeteiligter Personen.

865 Die nun neu geplanten Kameras in der Münsterstraße waren noch 2016 von der
 866 Polizei mit der Begründung verworfen worden, dass eine Videobeobachtung dort die
 867 Dealerszene und andere Straftäter in umliegende Wohnviertel verdrängen könnte.
 868 Während auf dem Weg durch die Einkaufspassagen Alternativen gewählt werden
 869 können, ist dies auf dem Weg zur eigenen Wohnung nicht möglich. Daher lehnen wir
 870 eine Überwachung reiner Wohngebiete, die zudem ganze Straßen stigmatisiert, ab.
 871 Wir setzen uns stattdessen für regelmäßige Streifen einer bürger*innennahen
 872 Polizei und der kommunalen Ordnungspartnerschaften ein, um auch durch den
 873 persönlichen Austausch das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken und
 874 Straftaten durch schnelles und regelmäßiges Einschreiten zu verhindern.

875 Kommunale Polizei-Beschwerde-Stelle

876 Seit 1996 erneuert der UN-Menschenrechtsausschuss immer wieder seine Forderung
 877 nach einem unabhängigen Mechanismus zur Untersuchung von Beschwerden über
 878 widerrechtliche Gewaltanwendung durch Polizeibeamt*innen.

879 Auch die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und
 880 Grundfreiheiten gewährleistet ein Verbot von erniedrigender Behandlung (Art. 3)
 881 und unterstreicht, dass bei Misshandlungsvorwürfen gegen die Polizei ein
 882 effektives und offizielles Ermittlungsverfahren eingeleitet werden muss. Dieses
 883 individuelle Recht auf effektive Beschwerde bei innerstaatlichen Instanzen
 884 entspricht den Grundprinzipien einer demokratischen Gesellschaft. Daher werden
 885 wir die Möglichkeiten zur Einrichtung eines effektiven und unabhängigen
 886 kommunalen Polizei-Beschwerdesystems prüfen.

887 Kommunale Ordnungspartnerschaften

888 Die Kommunalen Ordnungspartnerschaften mit der paritätischen Besetzung der
 889 Streifen durch Ordnungsamt und Polizei haben sich seit vielen Jahren bewährt.
 890 Die Streifen tragen objektiv zu einer erhöhten Sicherheit bei und steigern
 891 gleichzeitig das subjektive Sicherheitsempfinden vieler Bürger*innen. Seit
 892 längerem sind die paritätisch besetzten Ordnungspartnerschaften allerdings nicht
 893 mehr die Regel, sondern die Ausnahme. Die Zahl der beteiligten Polizist*innen
 894 hat sich reduziert, gleichzeitig ist die Zahl der rein städtisch besetzten
 895 Doppelstreifen gestiegen. Das sehen wir kritisch. Wir setzen uns dafür ein, die
 896 Streifen wieder grundsätzlich mit je einem/einer Mitarbeiter*in des
 897 Ordnungsamtes und einem/einer Polizeibeamt*in zu besetzen. Das Land ist
 898 aufgefordert, die dafür benötigten zusätzlichen Stellen der Polizei zur
 899 Verfügung zu stellen. Die Ausrüstung der städtischen Mitarbeiter*innen mit
 900 Schlagstöcken oder anderen Waffen lehnen wir ab.

901 Steigerung des Subjektiven Sicherheitsempfindens

902 Eine geringe Aufenthaltsqualität öffentlicher Plätze und Räume erhöht das Risiko
 903 sogenannter „Angsträume“, an denen Menschen Angst haben, Opfer von Kriminalität
 904 zu werden. Das führt teilweise dazu, dass viele Menschen bestimmte Wege oder
 905 Orte nicht mehr benutzen. Wir setzen uns für eine Stadtplanung und -entwicklung
 906 ein, die die Sicherheit öffentlicher Räume und Wege mit in den Mittelpunkt
 907 stellt. Plätze und Wege müssen übersichtlich, gut beleuchtet und barrierefrei
 908 sein. Wenn Menschen ihre Stadt, ihren Stadtteil, ihr Quartier als sicher
 909 empfinden, wenn Plätze zu belebten Orten werden, an denen soziale Kontrolle
 910 stattfindet, dann sinkt das Risiko für Kriminalität und das subjektive

911 Sicherheitsempfinden steigt. Wir wollen deshalb eine systematische Analyse zur
 912 Erfassung sogenannter „Angsträume“ auf Wegen, Straßen und Plätzen im
 913 öffentlichen Raum und ein Programm zur Umsetzung geeigneter Maßnahmen.

914 Entkriminalisierung von Cannabis

915 Durch den illegalen Handel mit Drogen – insbesondere mit Cannabis – werden auch
 916 in Dortmund Schwarzmarktstrukturen gestärkt, bei denen auch harte Drogen ins
 917 Spiel kommen. Wir setzen uns deshalb für eine kontrollierte Abgabe von Cannabis
 918 ein. Damit würden nicht nur erwachsene Konsument*innen entkriminalisiert,
 919 sondern auch der Schwarzmarkt auf Straßen, Plätzen oder in Parks reduziert. Das
 920 führt zu einer erhöhten Sicherheit und Aufenthaltsqualität. Gleichzeitig werden
 921 damit auch Polizei, Justiz und Ordnungsbehörden von zeitraubenden, kostspieligen
 922 und ineffektiven Einsätzen und Verfahren entlastet und stehen für andere
 923 Aufgaben zur Verfügung, zum Beispiel für einen bürger*innennahen Streifendienst.
 924 (siehe auch Programmteil „Drogenhilfe“).

925 7.2 Bürgerschaftliches Engagement für ein sicheres Dortmund

926 Grün wählen für:

927 Solidarische Stadtteile und Quartiere

928 Starke Nachbarschaften und lebendige Quartiere stärken das soziale
 929 Zusammenleben, führen zu einer höheren Qualität des Wohnumfeldes und stärken
 930 auch das Sicherheitsbefinden. Die Identifikation von Bürger*innen mit ihren
 931 Quartieren entsteht u.a. durch die Einbindung in die gemeinsame Planung und
 932 Gestaltung von Stadtvierteln, Wegen, Straßen und Plätzen in ihrem Lebensumfeld.
 933 Bürger*innen, die den öffentlichen Raum zu ihrer eigenen Angelegenheit machen
 934 können, kümmern sich auch verstärkt um ihr Quartier und die dort lebenden
 935 Menschen.

936 Wir wollen deshalb möglichst viele nachbarschaftliche Projekte in der Stadt
 937 realisieren, um mehr Bürger*innen in die Gestaltung ihrer Stadt einbeziehen zu
 938 können. Die Stadt ist gefordert, selbstinitiierte Projekte im Rahmen ihrer
 939 Möglichkeiten zu unterstützen, Freiflächen zu erfassen und zu vermitteln und als
 940 Ansprechpartnerin zum Beispiel für ordnungsrechtliche Probleme zur Verfügung zu
 941 stehen.

942 Als Ansprechpartner*innen für Sorgen und Nöte vor Ort möchten wir weiterhin die
 943 Arbeit der Quartierskümmerer*innen im gesamten Stadtgebiet fördern. Durch ihre
 944 vielfältige Tätigkeit – von kleineren Reinigungsarbeiten über die Konfliktlösung
 945 bis hin zur Unterstützung von sozialen Institutionen, Vereinen oder
 946 Veranstaltungen – nehmen die Quartierskümmerer*innen eine bedeutende Rolle im
 947 Rahmen der Stadtteile ein. Wir befürworten, dass auch zukünftig
 948 Langzeitarbeitslose als Quartierskümmerer*in eingesetzt werden, um auf dem
 949 ersten Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen.

950 Kommunikatives Konfliktmanagement vor Ort

951 Wir setzen uns dafür ein, ein so genanntes Allparteiliches Konfliktmanagement
 952 (AKIM) für Dortmund einzuführen. Eine derartige Einrichtung gibt es bereits mit
 953 Erfolg in anderen Städten. Das AKIM ist eine zentrale Stelle, die für das
 954 gesamte Stadtgebiet bei Anfragen zu Konfliktlösungen im öffentlichen Raum eine
 955 erste Konfliktanalyse vornimmt und vor Ort mit rein kommunikativen Mitteln
 956 präsent ist.

957 Die AKIM-Konfliktmanager*innen werden bei Konflikten an öffentlichen Plätzen
 958 aktiv, dort, wo andere Stellen nicht zuständig sind oder ihr Einsatz nicht

959 verhältnismäßig wäre. Die AKIM-Konfliktmanager*innen agieren vor Ort, um durch
 960 ihre Präsenz Konflikte zu beruhigen und vermittelnd einzugreifen, sprechen mit
 961 den Konfliktparteien und informieren sie ggf. über die Regeln im öffentlichen
 962 Raum. Sie benennen zuständige Stellen für weiterführende Hilfe oder schalten
 963 sich direkt ein. Dabei setzen sie sich für die Interessen und Belange aller
 964 Nutzergruppen ein und versuchen zwischen ihnen zu vermitteln. In München wurde
 965 das Allparteiliche Konfliktmanagements mit dem Eurocities Award 2019
 966 ausgezeichnet, weil es niedrigschwellig und mit wenig Aufwand stadtweit
 967 unterschiedliche Konflikte im öffentlichen Raum bearbeitet.
 968 Zusätzlich wollen wir die Einrichtung von Nachtbürgermeister*innen prüfen
 969 lassen. In vielen Städten gibt es schon eine solche Stelle zur Vernetzung von
 970 Nachtkultur und Nachtökonomie sowie zur Lösung von Konfliktsituationen zwischen
 971 Gastronomie, Besucher*innen und Anwohner*innen.

972 7.3 Zukunftsfähigkeit von Feuerwehr und Katastrophenschutz

973 Grün wählen für:

974 Sicherung der Infrastruktur und finanziellen Mittel
 975 Absehbar werden die Ansprüche an Feuerwehr und Katastrophenschutz weiter
 976 steigen: Der Klimawandel führt vermehrt zu Hitzeperioden und Trockenheit, aber
 977 auch zu Starkregen mit Überschwemmungen. Wir setzen uns dafür ein, dass die für
 978 diese Aufgaben notwendige Infrastruktur und die notwendigen finanziellen Mittel
 979 zur Verfügung gestellt wird. Dabei ist auch die Interkommunale Zusammenarbeit
 980 der Feuerwehren zu stärken.
 981 Die dezentral in den Stadtbezirken angesiedelten Standorte der Feuerwehr sind im
 982 Katastrophenfall Anlaufstellen für die Bevölkerung. Wir setzen uns dafür ein,
 983 dass alle Bürger*innen umfassend und transparent informiert werden, wie sie sich
 984 im Gefahrenfall verhalten sollen und welche Möglichkeiten es zur Information
 985 gibt. Die bisherigen Möglichkeiten sind zu überprüfen und gegebenenfalls zu
 986 ergänzen.

987 Anpassung der Rettungsdienste an eine alternde Gesellschaft
 988 Zusammen mit den Hilfsorganisationen sorgt die Feuerwehr für einen
 989 flächendeckenden Rettungsdienst, notärztliche Versorgung und Krankentransporte.
 990 In einer tendenziell älter werdenden Gesellschaft steigen die Anforderungen an
 991 einen effektiven Rettungsdienst. Der städtische Rettungsdienstbedarfsplan bietet
 992 eine gute Grundlage, um im Notfall Leben zu retten. Wir setzen uns dafür ein,
 993 dass in Notfällen auch weiterhin der Einsatzort in der Regel innerhalb von 8
 994 Minuten erreicht wird.

995 Unterstützung und Anerkennung für die Haupt- und Ehrenamtlichen
 996 Die Feuerwehr, der Rettungsdienst und der Katastrophenschutz in Dortmund sind
 997 gut aufgestellt; die Dienste genießen in der Öffentlichkeit im allgemeinen
 998 großes Vertrauen und hohes Ansehen. Zu verdanken ist dies insbesondere dem hohen
 999 Engagement und dem Leistungsstand der haupt- und vor allem auch der
 1000 ehrenamtlichen Akteuren. . Deshalb wenden wir uns entschieden gegen Anfeindungen
 1001 und gewalttätige Übergriffe. unterstützen wir das Engagement von Feuerwehr und
 1002 Hilfsorganisationen bei der Gewinnung neuer Mitwirkender – insbesondere auch von
 1003 Dortmunder*innen mit Migrationsgeschichte. Ebenso unterstützen wir die Feuerwehr
 1004 mit Nachdruck bei der Nachwuchsförderung und der Jugendarbeit der
 1005 Jugendfeuerwehr.

1006 Aktualisierung des Dortmunder Pandemieplans
1007 Das Corona-Virus hat gezeigt, dass eine Pandemie innerhalb kürzester Zeit eine
1008 Stadt, ja ein ganzes Land lahmlegen kann – mit massiven Auswirkungen und
1009 Konsequenzen. Wir wollen aus Corona lernen und setzen uns dafür ein, den seit
1010 2012 bestehenden Dortmunder Pandemieplan aufgrund der Erfahrungen mit Corona
1011 dringend zu aktualisieren.